

«Fatale Fürsorge»: Gewaltsame Todesfälle fremdplatzierter Kinder in vier Schweizer Kantonen zwischen 1913 und 2012

Ergebnisse eines Forschungsprojekts des NFP 76

Prof. Paula Krüger, Hochschule Luzern – Soziale Arbeit
Cécile Bannwart, Hochschule Luzern – Soziale Arbeit
Lea Bloch, Hochschule Luzern – Soziale Arbeit

Im 20. Jahrhundert sind viele fremdplatzierte Kinder schwer oder sogar tödlich misshandelt worden. Viele nahmen sich das Leben. Dennoch wurde die Heim- und Pflegekinderaufsicht lange Zeit vernachlässigt. Fälle gewaltsamen Todes fremdplatzierter Kinder wurden gerechtfertigt oder verheimlicht. Die Verantwortlichen gingen häufig straffrei aus. Unsere Studie untersuchte nun erstmals gewaltsame Todesfälle von fremdplatzierten Kindern in den Kantonen Freiburg, Luzern, Waadt und Zürich (1913-2012) als Teil der Schweizer Geschichte fürsorgerischer Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen und macht damit auf das Schicksal der Betroffenen aufmerksam. Die Ergebnisse liefern Einsichten in die Fälle und in vermeidbare Aspekte der Praxis der Behörden und Fachpersonen, die zumindest potenziell das Risiko für die platzierten Kinder und Jugendlichen erhöhen, eines gewaltsamen Todes zu sterben. Auch wenn nie alle gewaltsamen Todesfälle fremdplatzierter Kinder verhindert werden können, will die Studie einen Beitrag zur Verhinderung künftiger Fälle leisten.

Hintergrund, Ziel des Projekts und Forschungsplan

Im 20. Jahrhundert sind viele fremdplatzierte Kinder schwer oder sogar tödlich misshandelt worden. Immer wieder kam es vor, dass sich platzierte Jugendliche und ehemalige Heimkinder das Leben nahmen. Die Heim- und Pflegekinderaufsicht wurde lange Zeit vernachlässigt. Fälle gewaltsamen Todes platzierter Kinder wurden gerechtfertigt oder verheimlicht. Entsprechend gingen die Verantwortlichen häufig straffrei aus. Bislang gab es keine systematische Untersuchung dieser Fälle und der Rolle der Behörden in ihnen. Wir haben mit unserer Studie daher zwei Ziele verfolgt: Zum einen wollten wir gewaltsame Todesfälle fremdplatzierter Kinder und Jugendlicher in vier Schweizer Kantonen (Freiburg, Luzern, Waadt, Zürich) beschreiben und analysieren, die sich zwischen 1913 und 2012 ereignet haben. Zum anderen wollten wir vermeidbare Aspekte der jeweiligen Praxis der Behörden und Fachpersonen ermitteln, die zumindest potenziell das Risiko für platzierte Kinder erhöhen, eines gewaltsamen Todes zu sterben.

Für das Erreichen der gesetzten Ziele haben wir in den Staats- und Stadt- bzw. Gemeindearchiven sowie in den Archiven von Heimen, Polizeien, Staatsanwaltschaften und Gerichten

nach Dossiers zu Fällen gewaltsamer Todesfälle fremdplatzierter Kinder und Jugendlicher (unter 21 Jahre) gesucht. Darüber hinaus haben wir weitere Quellen genutzt, um entsprechende Fälle identifizieren zu können (z. B. Biografien platzierter Kinder, Medienberichte, Interviews, die im Rahmen vorheriger Studien geführt worden sind). Das so identifizierte Quellenmaterial wurde anschliessend qualitativ und quantitativ analysiert. Darüber hinaus haben wir Interviews mit 21 ehemals platzierten Kindern aus den ausgewählten Kantonen geführt, die Zeuge bzw. Zeugin eines gewaltsamen Todesfalls geworden sind. Diese Interviews dienten zum einen der Identifikation weiterer Fälle. Zum anderen konnten uns die Zeitzeug:innen wichtige Einblicke in ihren Alltag in den Heimen und Pflegefamilien, in die Aufsichtstätigkeiten der Behörden und Fachpersonen sowie in die Auswirkungen der Fälle auf ihr späteres Leben geben. Um die behördliche Praxis in den jeweiligen historischen Kontext einordnen zu können, haben wir zudem die relevanten Gesetzestexte analysiert.

Ergebnisse

Insgesamt konnten wir 83 gewaltsame Todesfälle fremdplatzierter Kinder und Jugendlicher in unsere Analysen einschliessen. Die Fälle verteilen sich über den gesamten Untersuchungszeitraum. Örtlich machen die Fälle aus den Kantonen Waadt und Zürich die Mehrheit aus, die wenigsten Fälle stammen aus dem Kanton Luzern. Während Letzteres in erster Linie auf

die mangelhafte Quellenlage im Kanton zurückzuführen ist, ist es plausibel, dass die meisten Fälle aus den beiden Kantonen mit den höheren Bevölkerungszahlen stammen. Dennoch müssen wir insgesamt davon ausgehen, dass wir nur einen kleinen Teil der Fälle ausfindig machen konnten. Dies liegt daran, dass die Quellenlage in allen vier Kantonen insgesamt lückenhaft

war, wenn auch unterschiedlich stark, und dass viele Fälle von Suiziden und Tötungen platzierter Kinder vertuscht worden sind. Hinzu kommt, dass private Platzierungen, in denen die Behörden nicht involviert waren, in der Regel nicht dokumentiert sind und damit kaum ausfindig gemacht werden können. Dennoch liefern die Analysen der Fälle wichtige Einblicke in die Fallverläufe und ermöglichen die Identifikation potenzieller Risikofaktoren.

Überblick über die identifizierten Fälle gewaltsamen Todes fremdplatzierter Kinder und Jugendlicher

In 35 der untersuchten Fälle haben sich die platzierten Jugendlichen im Alter zwischen 13 und 20 Jahren selbst das Leben genommen, in 23 Fällen sind 51 Kinder und Jugendliche (0-20 Jahre) durch die Einwirkung Dritter gestorben. Die hohe Anzahl von Opfern im Vergleich zur Anzahl Fälle ist durch drei Fälle zu erklären, in denen acht, elf bzw. zwölf platzierte Kinder gewaltsam gestorben sind. Zu berücksichtigen ist, dass in 9 Fällen mit Fremdeinwirkung 37 Kinder nicht vorsätzlich getötet wurden, sondern in Folge mangelnder Aufsicht bzw. Vorsicht gestorben sind. In 14 Fällen sind die Kinder jedoch vorsätzlich getötet worden oder in Folge von Misshandlungen gestorben. Als Täter:innen traten hier zu gleichen Teilen die leiblichen wie die Pflegeeltern in Erscheinung, in zwei Fällen wurden die jungen Frauen durch ihren (Ex-)Partner getötet, nachdem sie sich von ihm getrennt bzw. dies angekündigt hatten. Zu den Todesumständen der Kinder und Jugendlichen in den restlichen 25 Fällen lagen hingegen widersprüchliche Informationen vor. So war es in 18 Fällen unklar, ob das Kind an einer Krankheit bzw. einem Unfall oder durch Fremdeinwirkung (z. B. in Folge von Misshandlungen oder Vernachlässigungen) verstorben ist. In anderen Fällen war fraglich, ob es sich um einen Suizid gehandelt hat oder nicht. Hier waren es nicht selten die leiblichen Eltern der verstorbenen Kinder oder andere Fachper-

sonen, wie Ärzt:innen, die einen gewaltsamen Todesfall zumindest nicht ausschlossen.

Potenzielle Risikofaktoren für gewaltsame Todesfälle fremdplatzierter Kinder und Jugendlicher

Mit Blick auf das zweite Ziel der Studie liessen sich aus den Dossieranalysen und den Zeitzeug:innen-Interviews verschiedene Faktoren ableiten, die zumindest potenziell das Risiko für fremdplatzierte Kinder erhöhen, eines gewaltsamen Todes zu sterben. Diese Faktoren lassen sich verschiedenen Ebenen zuordnen: Individuen (Kind/Jugendliche:r, Fachpersonen, Pflegeeltern), Institutionen/Behörden/Herkunfts- und Pflegefamilien, Gemeinschaft und Gesellschaft. Auf drei derartiger Risikofaktoren soll im Folgenden näher eingegangen werden, wobei deutlich wird, dass die verschiedenen Ebenen nicht unabhängig voneinander sind.

«Am falschen Ort platziert sein»: Mangelnde Passung Kind/Jugendliche:r und Platzierungs-ort

In den analysierten Dossiers fanden sich immer wieder Hinweise darauf, dass Kinder und Jugendliche «am falschen Ort» platziert waren, im Sinne einer fehlenden Passung zwischen dem Angebot der Institution bzw. den Möglichkeiten der Pflegefamilien auf der einen und den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen auf der anderen Seite. Darüber hinaus waren die Institutionen und Familien, in denen die Kinder platziert wurden, zum Teil selbst wieder keine sicheren Orte, sondern auch hier erlebten die Kinder psychische, körperliche und/oder sexuelle Gewalt und Diskriminierung. Wurden Jugendliche vor die Wahl gestellt, haben sie sich jedoch zum Teil selbst für einen Ort entschieden, der aus fachlicher Sicht als ungeeignet eingestuft werden musste und wurde (z. B. beim Vorliegen psychischer Erkrankungen). Oder die leiblichen

Eltern haben sich aus Angst vor Konkurrenz gegen eine Platzierung in einer Pflegefamilie und für die in einem Heim ausgesprochen. Es finden sich jedoch auch auf Seiten der platzierenden Behörden Gründe für diese scheinbaren Fehlplatzierungen. Gerade in den Dossiers aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts finden sich Hinweise darauf, dass die Frage der Finanzierung ausschlaggebend für die Entscheidung war als die Frage nach der Passung von Platzierungsort und Kind. Haben sich die Kinder und Jugendlichen dann gegen den Ort aufgelehnt, wurde dies ausschliesslich als Defizit der Kinder interpretiert. Die Passung von Pflegeort und Kind wurde nicht in Frage gestellt. In aktuelleren Fällen zeigte sich noch ein weiteres Problem bei der Wahl des Platzierungsortes. So war in den von den Fachpersonen bevorzugten Einrichtungen zum Teil schlicht kein Platz mehr frei.

Eine solche mangelnde Passung stellte jedoch eine Belastung für die Kinder und Jugendlichen dar, insbesondere dann, wenn sie am Platzierungsort (erneut) Gewalt und Diskriminierung erfahren haben. Entsprechend fanden sich insbesondere in den Dossiers zu den Suizidfällen Hinweise darauf, dass dies den Entschluss beeinflusst hat, sich das Leben zu nehmen.

Mangelnde Partizipationsmöglichkeiten der Kinder und Jugendlichen und mangelnde Ausübung der behördlichen Aufsicht

Heute haben Kinder ein Recht auf Partizipation (Art. 12 UN-KRK, Art. 301 ZGB). Entsprechend empfiehlt u. a. die Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) zusammen mit der Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz (KOKES), Kinder alters- und entwicklungsgerecht in die sie betreffenden Entscheidungsprozesse einzubinden. Dies sei ein Schlüsselement für eine erfolgreiche Platzierung. Aber weder im Untersuchungszeitraum nach 1997, dem Jahr der Ratifizierung der

UN Kinderrechtskonvention durch die Schweiz, noch heute wird dieses Recht der Kinder flächendeckend angemessen umgesetzt.

Neben Partizipationsgesprächen im engeren Sinne, die im Rahmen von Entscheidungsprozessen stattfinden, sind weitere Gespräche mit den Kindern für eine gelingende Platzierung und Entwicklung des Kindes relevant. Hierzu zählen Gespräche, die dazu dienen, Informationen über allfällige Gefährdungssituationen zu erhalten, Gespräche über Beziehungswahrnehmungen sowie Informationsgespräche zu den entschiedenen Massnahmen. Zwar wurden in den analysierten Fällen schon in Dossiers vom Beginn des 20. Jahrhunderts Gespräche von Inspektorinnen und Vormündern mit Kindern festgehalten. Es gab jedoch auch Fälle, in denen scheinbar gar nicht mit den Kindern gesprochen wurde oder die Aufsichtsbehörden und Vormünder nur wenig Interesse am Wohlergehen der Kinder gezeigt haben. So haben die Vormünder die Kinder zwar in den Heimen besucht, sie haben aber nicht mit ihnen gesprochen, sondern mit den Heimangestellten. Davon zeugen die Akten, aber auch die Zeitzeug:innen-Interviews, die wir im Rahmen des Projektes geführt haben. Beispielsweise berichteten die Interviewpartner:innen aus der Deutsch- und Westschweiz davon, dass Besuche angekündigt und die Kinder vorher «herausgeputzt» wurden. Es wurde ihnen zudem gesagt, wie sie sich zu verhalten haben. Es wurde eine «heile Welt» (Interview II-LU) vorgespielt, die es nicht gab, wie es eine Interviewpartnerin formulierte. Ein weiterer Zeitzeuge hielt fest: «Für uns Betroffene war das Ganze, also solche Besichtigungen und Kontrollen der Aufsicht nicht glaubwürdig und sogar lächerlich. Das war einfach nur eine Show, ein Theater, ein Spiel und nichts anderes.» (Ego-Dokument zum Interview VIII-LU, S. 47) Dies bestätigten auch Befragte aus der Westschweiz. Die Besuche seien eine Formalität gewesen, keine Kontrolle. Die Aufsichtsbehörden hätten auch gar kein Interesse daran ge-

habt, mit den Kindern zu sprechen. Dies kann zu einem Gefühl der Hilfslosigkeit führen: So gab eine Person an, man hätte ihn «einfach in den Boden stampfen können, da wäre nichts gewesen, da wäre niemand gewesen» (Interview XV-FR, Übersetzung PK).¹

Es lässt sich zwar nicht mehr klären, ob durch mehr Partizipation und Gespräche mit den Kindern zu ihrer Lebenssituation, ihren Wünschen und Bedürfnissen die Todesfälle hätten verhindert werden können. Es steht jedoch fest, dass die Fachpersonen hierdurch ein umfassenderes Bild der Situation und der Bedürfnisse der Jugendlichen erhalten hätten und dass Missstände weniger gut hätten verheimlicht werden können.

Mangelnde Planung und Begleitung von biografischen Übergängen

Im Laufe des Lebens durchlaufen alle Menschen Übergänge im Sinne eines Statuswechsels. Platzierte Kinder und Jugendliche erleben jedoch neben «normalbiografischen» Übergängen, wie Schuleintritt, platzierungsspezifische Übergänge, wie die erste Platzierung, Umplatzierungen und schliesslich den Austritt aus dem Heim oder der Pflegefamilie. Derartige Übergänge sind insofern sensible Phasen, als sie von Unsicherheiten geprägt sind. Dies ist belastend für die Kinder und Jugendlichen. Inwieweit eine Person die Übergänge meistern kann, hängt davon ab, ob ihre Bewältigungsstrategien und Ressourcen

passend und ausreichend sind. Nicht zuletzt dank des Diskurses um und mit Care Leaver:innen ist heute grundsätzlich unbestritten, dass diese Phasen sorgfältig geplant und begleitet werden müssen, was nicht heisst, dass es auch flächendeckend auf geeignete Weise umgesetzt wird. In den untersuchten Fällen und in den Biografien der Interviewpartner:innen war dies zumindest noch selten der Fall. Die Interviews zeigen entsprechend, wie belastend diese Übergänge waren und welche Verbindung die Zeitzeug:innen mit Suiziden platzierter Jugendlicher sehen. Als Beispiel soll die folgende Aussage eines Interviewpartners aus dem Kanton Freiburg dienen, der einen Suizid eines anderen platzierten Jugendlichen miterlebt hat:

«[...] nachdem ich mir so viele Berichte von Menschen angehört habe, ist es meiner Meinung nach das, dass er niemanden hatte, für ihn, es ist so, wie ich immer gesagt habe, [...] die Wände des Waisenhauses waren die Arme der Mutter, weil ich sonst nichts hatte, und für ihn war es das Gleiche, und ich denke, als sie ihm mit zwanzig Jahren sagten: «Du musst gehen». Da nahm er seine Sachen, ging weg und erhängte sich.» (Interview VI-FR, Übersetzung PK/CB)²

Entsprechend fällt auch in den analysierten Dossiers auf, dass sich die Jugendlichen gerade in Zeiten des Übergangs das Leben genommen haben.

¹ « ils auraient pu me foutre bas, il y aurait rien eu, il y aurait eu personne » (Interview XV-FR).

² «[...] après avoir écouté tellement de témoignages de gens, pour moi, c'est ça, il n'avait personne, pour lui, c'est comme j'ai toujours dit, [...] les murs de l'orphelinat c'était les bras de la mère, parce que j'avais rien d'autre, et pour lui c'était la même chose, et je pense quand ils lui on dit à vingt ans: «tu dois partir». Il a pris son truc, il est parti, il est allé se pendre.» (Interview VI-FR)

Bedeutung der Ergebnisse für die Praxis und Empfehlungen

Im Fokus des Projektes standen die Auswirkungen der jeweiligen Fürsorgepraxis auf die betroffenen Kinder und Jugendlichen in Form gewaltsamer Todesfälle. Für deren Prävention sollte an den identifizierten Risikofaktoren angesetzt werden, wobei nicht allein Risikofaktoren auf individueller Ebene adressiert werden sollten, wie psychische Erkrankungen der leiblichen Eltern und/oder der Kinder selbst. Vielmehr sollte insbesondere an Faktoren auf Ebene der involvierten Institutionen, Behörden und Fachpersonen sowie der Gesellschaft allgemein angesetzt werden. So sollten Behörden und Fachpersonen das Recht der Kinder auf Partizipation flächendeckend umsetzen, damit die Bedürfnisse und Wünsche der Kinder in die Entscheidungsfindung einfließen können. Kann den Wünschen nicht entsprochen werden, ist dies den Kindern auf alters- und entwicklungsgerechte Art und Weise zu erläutern. Darüber hinaus sind die Kinder und Jugendlichen insbesondere bei der Bewältigung biografischer Übergänge zu unterstützen. Doch auch Pflegeeltern sollte – unabhängig vom Kanton, in dem sie leben – die notwendige Unterstützung zuteil werden, damit es nicht zu Überforderungssituationen kommt. Entsprechende Angebote existieren; hier sind die politischen Entscheidungsträger:innen gefragt, diese zu stärken, so dass sie für alle (angehenden) Pflegeeltern zugänglich sind.

Allgemein weisen die Befunde auf einen Bedarf an mehr finanziellen, personellen und zeitlichen Ressourcen im Kinderschutz hin. Dies trifft auch auf das Heimwesen zu. Institutionen brauchen ausreichend Ressourcen, um den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen gerecht werden zu können. Dabei ist jedoch eine zu starke Spezialisierung der Einrichtungen zu vermeiden. Diese erschwert die Passung zwischen Kind und Einrichtung, zumal viele Kinder Mehrfachproblematiken aufweisen. Die starke Spezialisierung steht zudem der Umsetzung des Rechts auf Partizipation im Wege. Dies ist z. B. dann der Fall, wenn Fachpersonen die Jugendlichen gar nicht erst in die Entscheidung für die eine oder andere Einrichtung einbeziehen, weil sie wissen, dass nur die eine Institution das Kind aufnehmen wird. Auch hier ist die Politik gefragt, aber auch die Institutionen und Fachpersonen selbst.

Als grundlegendes Problem in den untersuchten Fällen erwies sich ein unreflektierter Einfluss gesellschaftlicher und individueller Normen und Werte auf die Entscheidungsfindung und die Handlungen der Fachpersonen. Hierzu zählen insbesondere die jeweiligen Familienideale, die auf der einen Seite erst zu Fremdplatzierungen führen und auf der anderen Seite zu blinden Flecken bei der Ausübung der Pflegekinderaufsicht führen können, wenn die Pflegeeltern dem jeweiligen Familienideal entsprechen und einen guten Leumund haben. Hinweise auf Misshandlungen werden dann unter Umständen verharmlost, entsprechenden Äusserungen der Kinder nicht geglaubt. Allgemein weisen die Befunde über den gesamten Untersuchungszeitraum auf den geringen sozialen Status fremdplatzierter Kinder und Jugendlicher sowie auf negative Einstellungen ihnen gegenüber hin. Ihre Schwierigkeiten wurden individualisiert und als «charakterliche Schwächen» interpretiert. Anstatt des Wohles der Kinder und Jugendlichen standen finanzielle Interessen im Mittelpunkt. Dass sich unsere Werte und Normen auf Entscheidungen und Handlungen auswirken, ist nicht zu verhindern. Ihr Einfluss auf die fachliche Tätigkeit muss jedoch reflektiert werden und die Fachpersonen müssen bereit sein, ihre Entscheidungen gegebenenfalls zu korrigieren. Politische Massnahmen können über die Zeit hinweg gesellschaftliche Einstellungen verändern. Dies zeigt sich beispielsweise an der weiterhin abnehmenden Akzeptanz von körperlichen Strafen in der Er-

ziehung. Die nach langer Zeit beschlossene Einführung eines expliziten Rechts der Kinder auf eine gewaltfreie Erziehung ist hier ein weiterer wichtiger Schritt. Auch die gesellschaftlichen Debatten um Fremdplatzierungen und um und mit Care Leaver:innen haben das Potenzial, die immer noch negativ gefärbten Bilder von platzierten Kindern und Jugendlichen zu verändern.

Mit Blick auf die gewaltsamen Todesfälle muss abschliessend allerdings festgehalten werden, dass nie alle Suizide und Tötungen verhindert werden können. Dies gilt es auszuhalten, damit Einzelfälle nicht zu einer Verschiebung weg vom Ziel der Fürsorge und des Schutzes hin zu einer überwiegenden Sicherheitsorientierung im Kinderschutz führen. Vielmehr gilt es aus den Fällen zu lernen. Hierfür braucht es jedoch eine förderliche «Fehlerkultur» in den Behörden und Institutionen.

Wissenschaftliche Bedeutung der Ergebnisse

Im Rahmen der Studie wurden zum ersten Mal gewaltsame Todesfälle fremdplatzierter Kinder und Jugendlicher in der Schweiz systematisch analysiert und beschrieben. Zuvor wurde in Studien meist nur am Rande von gewaltsamen Todesfällen platzierter Kinder berichtet. Dabei ist bemerkenswert, dass die Fälle in einigen Merkmalen dem entsprechen, was man aus der internationalen Literatur zu Suiziden und Tötungen von Kindern und Jugendlichen allgemein weiss. Es finden sich jedoch auch platzierungsspezifische Elemente, wie die Lebensumstände am Platzierungsort als Suizidmotiv. Darüber hinaus sind Faktoren, die häufig zu einer Platzierung führen, wie Gewalterfahrungen oder der Verlust eines Elternteils, gleichzeitig Risikofaktoren für den gewaltsamen Tod des Kindes. Die Analysen zeigen ausserdem, dass die in den jeweiligen Zeiträumen geltenden gesellschaftlichen Normen und Werte, beispielsweise bezüglich gängiger Familienideale, Erziehungsmethoden oder der weiblichen und männlichen Sexualität, nicht nur einen Einfluss auf die Platzierung selbst hatten. Auch sie erhöhen das Risiko für platzierte Kinder und Jugendliche, eines gewaltsamen Todes zu sterben. Allerdings wissen wir

immer noch zu wenig über diese Fälle, insbesondere fehlen explizit vergleichende Studien, in denen gewaltsame Todesfälle platzierter und nicht-platzierter Kinder systematisch verglichen werden. Mit Blick auf Suizide von Betroffenen fürsorglicher Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen fehlen zudem insbesondere Studien zu Suizidversuchen und Suiziden auch für Personen, die älter als 20 Jahre alt waren. So gibt es verschiedene Hinweise, dass viele Betroffene sich erst im jungen Erwachsenenalter oder später das Leben genommen haben. Auch dies gilt es aufzuarbeiten.

«Fatale Fürsorge»: Gewalttote Todesfälle fremdplatzierter Kinder in vier Schweizer Kantonen zwischen 1913 und 2012

Prof. Paula Krüger, Hochschule Luzern, Hauptgesuchstellerin
Cécile Bannwart, Hochschule Luzern, wissenschaftliche Mitarbeiterin
Lea Bloch, Hochschule Luzern, wissenschaftliche Mitarbeiterin

Kontakt:

Prof. Paula Krüger
Hochschule Luzern – Soziale Arbeit
+41 41 367 48 92
paula.krueger@hslu.ch

Weitere Informationen:

www.nfp76.ch

Oktober 2023